

Politik



In München haben Politik, Polizei und Justiz gezeigt, dass sie bei der Unterdrückung von Protesten nicht hinter Berlusconi-Italien zurückstehen.

Seite 2

Region



Mit der Aufstufung des Außenrings solle die DüBoDo verhindert werden, behauptet rotgrün. Das Gegenteil ist der Fall.

Seite 4

Kultur



In unserer unregelmäßig erscheinenden Reihe *Support your local Scene* stellen wir diesmal die Bochumer Akustik-Rock-Band *Uninvited* vor.

Seite 2



<http://www.bo-alternativ.de>



RUB beendet Internetspernung Keep on surfing

Die Ruhr-Universität hat die Spernung von vier US-amerikanischen Internetseiten (siehe bsz 543) wieder aufgehoben. Das Rechenzentrum hatte kurz vor Weihnachten damit begonnen, die DNS-Server der Ruhr-Uni zu manipulieren und so die gesperrten Domains wie z.B. www.rotten.com auf eine eigene Seite umzuleiten.

Obwohl die zuständigen Unigremien wie der Senat und der Beirat des Rechenzentrums zeitnah tagten, waren sie weder befragt, noch von der anstehenden Spernung in Kenntnis gesetzt worden. Pressesprecher Dr. Josef König begründete nun die Aufhebung der Spernung damit, dass die Bezirksregierung Düsseldorf bislang keine Sperrverfügung erlassen habe, wie eigentlich am 19. Dezember in einer Beratung von Providern aus NRW und der Behörde vereinbart worden war. Im Klartext heißt das: Das Rechenzentrum hatte weder eine Anweisung, noch eine Erlaubnis dazu, filtern in den Internetverkehr an der Uni einzugreifen und somit auch die Freiheit der Forschung zu beschneiden. Ein starkes Stück!

Neben drei rechtsextremen Internetseiten war auch das Projekt www.rotten.com von den Zensurmaßnahmen betroffen, das mit zum Teil zweifelhaften Methoden für die Mei-

nungsfreiheit im Internet eintritt. Rotten.com ist nicht nur als Forschungsgegenstand z.B. in der Mediengewaltdiskussion von Interesse, sondern ist auch eine wichtige (wenn nicht sogar die einzige) Quelle, die z.B. Gerichtsakten zu Markenstreitigkeiten mit der Spielzeugfirma Mattel bereithält oder die zahlreichen Prozesse gegen das Projekt dokumentiert.

Strafanzeige gegen die RUB

Ende Januar hat der Netzaktivist Alvar Freude zudem Strafanzeige gegen die Ruhr-Uni sowie andere Zugangsanbieter, die sich an der umstrittenen Spernung beteiligen, erstattet. Alvar Freude wirft ihnen unter anderem Datenunterdrückung, Verletzung des Fernmelde- und Postgeheimnisses sowie die Planung von Datenmanipulationen vor. Wie Pressesprecher Dr. Josef König gegenüber dem Heise-Verlag betonte, stehe die Rücknahme der Spernung jedoch nicht im Zusammenhang mit dieser Strafanzeige.

Bis April will die Bezirksregierung nun zunächst verschiedene Zensurverfahren auf ihre technische Machbarkeit überprüfen. Einer der Hauptkritikpunkte an der bisherigen Spernung war gerade die technische Umsetzung. Durch den

Eingriff am DNS-System wurden nämlich nicht bloß einzelne Bilder oder Dokumente blockiert, sondern die gesamte Seite gesperrt – mit dem Effekt, dass z.B. auch die Prozessdokumentationen auf [rotten.com](http://www.rotten.com) nicht mehr zur Verfügung standen. Außerdem hat die Manipulation am DNS-Server der Uni den „Nachteil“, dass sie relativ leicht zu umgehen ist. Man schießt also mit Kanonen auf Spatzen und trifft sie noch nicht einmal.

Ob nach der Probephase eine Sperrverfügung ergehen wird, bleibt abzuwarten. Schließlich gilt der Mediendienstestaatsvertrag, auf dessen Grundlage die Bezirksregierung argumentiert, ausdrücklich nicht für reine Zugangsanbieter – um solche handelt es sich bei den betroffenen Providern und Hochschulen.

mac



Verfassungsschutz macht sich um den Aufbau von Naziorganisationen verdient Wer schützt eigentlich wen?

Aufgrund der sogenannten „V-Mann-Affäre“ droht das NPD-Verbotsverfahren zu kippen, die Neonazis jubeln und viele stellen sich nun die Frage, wer hier eigentlich wem nützt, der V-Mann dem Verfassungsschutz oder vielmehr umgekehrt?

Viele bezweifeln zurecht die Wirkung eines möglichen NPD-Verbotsantrags, nachdem als Folge der sogenannten „V-Mann-Affäre“ das gesamte Verfahren zunächst ausgesetzt ist und ein Verbot immer fraglicher wird, hat sich der ganze Vorgang definitiv als Eigentor erwiesen: Die Teilnahme der NPD an den kommenden Bundestagswahlen gilt fast schon als sicher, in der Parteiführung herrscht einhellige Freude über das momentane Medieninteresse und auch die Schläger an der Basis sehen sich im Aufwind.

Dabei kritisieren AntifaschistInnen die V-Mann-Praxis des Verfassungsschutzes schon seit Jahren als Finanzierungsquelle der Neonazis.

Die V-Leute aus NRW

Nun ist es amtlich, mehrere Spitzenfunktionäre der nordrhein-westfälischen Landesverbände der neonazistischen NPD waren V-Leute des Verfassungsschutzes, finanzierten mit ihren Gehältern zum Teil die Parteiarbeit.

Auf bis zu 100 Personen soll sich die Anzahl der NPD-Funktionäre in Diensten des Verfassungsschutzes nach Informationen von *taz* und *Süddeutscher Zeitung* belaufen – wenn man bedenkt, dass der Partei nicht viel mehr Führungskader zur Verfügung stehen dürften, eine ganze Menge und eine nicht zu unterschätzende Summe Geld, die in die Szene fließen könnte. Im Fall von Wolfgang Frenz, welcher während seiner 36-jährigen Spitzeltätigkeit nach eigenen Angaben monatlich zwischen 600 und 800 Mark bekommen und anschließend in die NPD-Kasse eingezahlt hat, immerhin gut 250.000 Mark. Frenz, Mitgründer der Partei und ehemaliges Bundesvorstandsmitglied aus NRW, sollte als Zeuge im Verbotsverfahren aussagen. Äußerungen von ihm waren u.a. als Hauptbeweis für den aggressiven Antisemitismus der NPD in der Anklageschrift zitiert worden.

Auch der NRW-Landesvorsitzende der Partei, Udo Holtmann, wurde jetzt als V-Mann enttarnt, mittlerweile kursieren die Namen dreier weiterer NPD-Funktionäre aus NRW, welche in Staatsdiensten stehen sollen. So veröffentlichte die *Düsseldorfer „Antifa-KOK“* in einer Flugschrift neben Frenz und Holtmann auch den Bundesschatz-

meister der NPD, Erwin Kemna aus Ladbergen, sowie die beiden wegen eines von ihnen initiierten und angeführten Angriffs verurteilter Neonazis auf die TeilnehmerInnen einer Gedenkveranstaltung am KZ-Mahnmal Kemna in Wuppertal im Juli 2000 verurteilten Thorsten Krämer (Schwelm) und Nico Wedding (Duisburg) als „V-Männer“. Krämer sitzt für die NPD im Rat der Stadt Schwelm, Wedding ist Delegierter des Landesverbandes der NPD für den Bundesausschuss der Partei. Es wäre bei weitem nicht der erste Fall, indem V-Männer in Gewalttaten verstrickt sind, im Gegenteil, die Liste öffentlich gewordener Fälle ist lang, die Dunkelziffer vermutlich noch weit aus höher.

Skandalliste ist lang

Ob der Fall des Thüringer Neonazis Thoma Dinkel der – vom VS bezahlt – in aller Ruhe seinem Job als Fulltime-Nazikaktivist nachgehen konnte, des Nazikins Mathias Grube, der als V-Mann u.a. einen Brandanschlag auf eine Pizzeria verübte, oder des militanten Neonazikaders Carsten Szczepanski, der in Diensten des brandenburgischen VS den Aufbau rechterterroristischer Strukturen betrieb, die Liste der Skandale um V-Männer aus der Neonaziszene ist lang.

Wie die Neonazis von der Zusammenarbeit mit dem VS profitierten, zeigte nicht zuletzt das Beispiel des Solinger Bernd Schmitt. Als V-Mann des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes baute er Anfang der neunziger Jahre in Solingen die Kampfsportschule Hak Pao, gründete den „Deutschen Hochleistungs-Kampfkunst Verband“. In seiner Schule organisierte er ein eigenes Kampfsporttrai-

ning für Neonazikader und baute Saalschutzgruppen für Veranstaltungen extrem rechter Parteien und Organisationen auf. Bei ihm gingen prominente Neonazis ein und aus, trainierten und warben neue „Kameraden“ an, auch mehrere der rassistischen Attentäter, welche 1993 einen Brandanschlag auf ein von einer türkischen Familie bewohntes Haus in Solingen verübten, bei dem fünf Frauen ermordet wurden, trainierten bei dem V-Mann.

Training beim V-Mann

Für die politische Verantwortlichen offenbar kein Grund Konsequenzen zu ziehen, obwohl der damalige NRW-Innenminister Schnoor zugeben mußte, dass der V-Mann Schmitt u.a. verdächtige Neonazis vor Hausdurchsuchungen gewarnt hatte.

Überhaupt erinnert die Verstrickung der Verfassungsschützer in die NPD stark an den Anfang der neunziger Jahre. Damals bauten V-Männer des Verfassungsschutzes die mittlerweile verbotene „Nationalistische Front“ (NF) mit auf, von deren ehemaligen Kadern inzwischen einige in der NPD aktiv sind. So steckte Norbert Schnelle, als V-Mann des NRW-Verfassungsschutzes, große Summen aus seinem Spitzelverdienst in den Aufbau der NF; beteiligte sich des weiteren an diversen Straftaten und konnte durch seine Informantentätigkeit mehrfach Gesinnungsge-

... Fortsetzung auf Seite 3

Hardy's
wiedereröffnet

Wie von der bsz bei einem Bummel durch die Wohnheimkneipen in Uninähe festgestellt werden konnte, hat das Hardy's im Hardenberghaus wieder geöffnet. Wegen eines Brandunfalles blieb es mehrere Wochen lang geschlossen. Aber jetzt gibt's wieder von Montag bis Freitag Snacks und Getränke zu zivilen Preisen in friedlicher Atmosphäre. Und endlich wieder Handyempfang in der Kneipe. Und bald auch wieder Sonnenlicht zum Bier.

Naziaufmarsch
in Bielefeld

Nur dank eines Aufgebots von 2.000 PolizistInnen konnten letzten Samstag rund 1.500 Anhänger der NPD und der „freien Kameradschaften“ in Bielefeld aufmarschieren. Die Demonstration der Nazis richtete sich gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht – Dimensionen des Vernichtungskrieges“, die zur Zeit im Historischen Museum Bielefeld zu sehen ist. An Gegendemonstrationen beteiligten sich insgesamt ca. 10.000 Menschen, davon nahmen 8.000 an einer „anständigen“ Kundgebung teil, zu der u.a. der DGB aufgerufen hatte. Etwa 2.000 AntifaschistInnen versuchten, den Aufmarsch der Neonazis direkt zu verhindern. Nach Radioberichten gelangten Antifas mehrfach direkt an die NPD-Demonstration heran und konnten diese mit antifaschistischer Kritik konfrontieren.

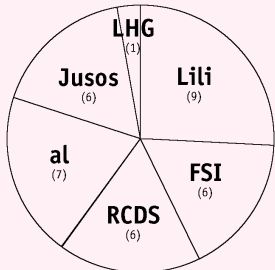
Eine unbekannte Zahl von AntifaschistInnen ist in Gewahrsam genommen oder verhaftet worden. Dies geschah Berichten von Augenzeugen zufolge zum Teil sehr brutal, zum Beispiel mit Tritten auf Personen, die schon am Boden lagen. Auffällig war diesen Berichten zufolge auch die große Anzahl an ZivilpolizistInnen, die sich immer wieder unter die DemonstrantInnen mischten. Einer Gruppe antifaschistischer Skinheads der Strömung Cable Street Beat gelang es Berichten des alternativen Internetdienstes Indymedia zufolge, sich in den Naziaufmarsch einzuschleusen und mit Parolen wie „braun wie Scheiße, dumm wie Brot, heute Nazi, morgen tot“, oder auch „ohne Schily wärd ihr gar nicht hier“ die Nazis zu verärgern, bis die Polizei sich entfernte. Andere Berichte auf Indymedia berichten von tätlichen Angriffen an- oder abreisender Nazis auf antifaschistische KundgebungsteilnehmerInnen und daraus resultierenden tätlichen Auseinandersetzungen.

AStA-Mehrheit
bestätigt –
Parteijugend verliert

Bei den Wahlen zum 35. StudentInnenparlament hat die letztjährige AStA-Koalition aus Linker Liste, Fachschaftsinitiative und alternativer Liste ihre Mehrheit verteidigt. Dabei konnte die Linke Liste ihre führende Position ausbauen und verfügt nun über 9 (vorher 8) Sitze. Die alternative Liste ist Wahlsiegerin und hat zwei Sitze hinzugewonnen: jetzt 7, vorher 5. Die Fachschaftsinitiative als dritte AStA-tragende Gruppe hat einen Sitz (von 7 auf 6) verloren und damit den Abgang einiger „zugkräftiger KandidatInnen“ gut verkraftet. Schlecht erging es den Ablegern der Parteien: Der RCDS sackte von 7 auf 6 Sitze, die Liberalen blieben mit einem Sitz bedeutungslos. Den SozialdemokratInnen gelang es, nach der Auflösung ihrer beiden Gruppen TuWas-Liste und GEW-Hochschulgruppe, unter dem Namen Juso-Hochschulgruppe mit 6 Sitzen fast ihren Stimmenanteil zu halten. TuWas hatte im letzten Jahr 5 Sitze und die GEW-Gruppe 2 Sitze erreicht.

Sehr enttäuschend war in diesem Jahr die außerordentlich niedrige Wahlbeteiligung. Lediglich 7,4 % aller Wahlberechtigten fanden den Weg zu den Wahlen. Damit liegt sie aber immerhin noch höher als die Wahlbeteiligung bei den Pfarrgemeinderatswahlen im Erzbistum Köln und deutlich höher als die HörerInnenquote von radio c.t.. Damit sind die StudentInnenvertreterInnen wohl ausreichend legitimiert. Denn wer schweigt stimmt zu.

Sitzverteilung im 35. Studierendenparlament



München im Februar 2002
Frei statt Bayern

Dass sich die beiden Volksparteien CDU und SPD seit geraumer Zeit streiten, wer dem deutschen Bedürfnis nach autoritärer Staatsformierung am besten nachkommt, ist bekannt. Welche atemberaubenden Folgen das haben kann, demonstrierte uns München am vergangenen Wochenende. Die freie Welt war in München zusammengekommen, um auf der NATO-Sicherheitskonferenz (ehemals: Wehrkundetagung) über Form und Inhalt der Neuauflage der Welt zu beraten.

Dagegen hatte sich schon vor über einem Jahr ein Bündnis formiert, das von der klassischen Friedensbewegung über die Antifa bis hin zur „Antiglobalisierungsbewegung“ reichte und sich zur Aufgabe gemacht hatte, an die Mobilisierungserfolge diverser Gipfelevents anzuknüpfen.

Doch was in Seattle, Prag, Davos, Nizza, Göteborg, Genua und Brüssel möglich war, wäre in Bayern natürlich undenkbar. Stoiber ist Kanzlerkandidat und das SPD-geführte München im Kommunalwahlkampf.

SPD und CDU
für Knüppel

Der frisch gekürte Kanzlerkandidat verkündete, in Bayern seien Chaoten nicht willkommen und machte als einzige Schwachstelle der totalen Abschottung die SPD-geführte Landeshauptstadt aus. Das konnte der Münchner OB Ude (SPD) in Wahlkampfzeiten nicht auf sich sitzen lassen. Er drohte allen Einrichtungen und Projekten, die von öffentlichen Fördermitteln abhängig sind und sich im Rahmen der Anti-NATO-Proteste infrastrukturell beteiligen wollten die Streichung der Mittel, einer der letzten Infoläden Münchens wurde durchsucht, die OrganisatorInnen des Bündnisses unter Druck gesetzt und die Lokalpresse mit Horrorszenerien keulenschwingener langhaariger Autonome geführt.

Als das nicht die gewünschte Wirkung zeigte, begann eine Strategie der Eskalation. Immer wieder wurde verkündet, wie niedrig die Eingriffsschwelle der Polizei nun wieder sei, welche bayrischen Sondergesetze greifen werden, wieviele zusätzliche Zellen in den Knästen eingerichtet wurden und und und...

Demonstrationsverbot

Zwei Tage vor der Sicherheitskonferenz dann das Verbot aller Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen. Wie aus der VS-Warnung vor 300 reiseleidenden „Militanten“ dann in Regierungskreisen und Lokalpresse „3000 Chaoten“ wurden, weiß niemand mehr. Sicher ist nur, dass 3.500 PolizistInnen aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengezogen wurden, um München zur grundrechtsfreien Zone zu machen. Die Klagen des Anti-NATO-Bündnisses scheiterten bis hoch zum bayrischen Oberlandesgericht, Ersatzdemos der grünen Stadtratsfraktion wurden umgehend verboten und ein Sprecher des Bündnisses mit dubioser Begründung gleich für vier Tage in Vorbeugegewahrsam genommen. Einzig das Aussetzen des „Schengener Abkommens“ mißlang. Man hatte vergessen, den Antrag früh genug einzureichen.

Widerstand

Zwar wurde an den Grenzen zu Bayern und zur Landeshauptstadt schätzungsweise 2.000 Menschen die Weiterfahrt verwehrt und ganze

Busladungen sofort in Gewahrsam genommen, trotzdem schafften es ca. 7.000 Menschen in die Münchner Innenstadt. Die SprecherInnen des Bündnisses hatten erreicht, trotz Versammlungsverbot am Freitag um 17 Uhr eine Pressekonferenz auf dem zentralen Marienplatz zu geben, an der bis zu 3.000 Leute Interesse fanden. Als diese nicht bereit waren, den Platz wieder zu verlassen, folgte die für das gesamte Wochenende typische „bayrische Art des Hinlangens“ (Max Streibl (CSU) nach dem illegalen Münchner Kessel beim Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München). Nach dem vergeblichen Versuch, den Platz durch langsames Schieben der Polizeiketten zu räumen, verlegte sich die Polizei auf Knütteln, Würgen und Treten.

Doch auch dieser Versuch misslang. Sobald die Polizei ein paar Meter vorwärts kam, füllte sich der Platz wieder



hinter ihrem Rücken. So begann ein Abend auf dem Marienplatz, der niederschmetternd und erfolgreich zugleich war. Greiftrupps der Polizei rannten in die friedliche Menschenmenge und griffen sich im Blitzlichtgewitter der Fotografinnen beliebige einzelne Leute raus, um sie unter Schlägen in Gewahrsam zu nehmen. Keine Flasche, kein Stein flog, es gab keine Gegenwehr. „Wir sind friedlich, was seid ihr?“ war das Einzige, was gerufen wurde.

Niederschmetternd war, dass sich nach Polizeiangaben alleine an diesem Abend 333 Leute ohne Gegenwehr festnehmen ließen; erfolgreich war, dass bis in die späten Abendstunden Tausende auf dem Platz blieben, immer der Gefahr ausgesetzt, als nächstes mitgenommen zu werden.

Zwei Tage Prügel und Verhaftungen

Der Samstag stand dem Vorabend um nichts nach. Gegen Mittag füllten sich die Straßen rund um den völlig verbarrikadierten Marienplatz. Nach Polizeiangaben rund 7.000 Menschen ließen sich ihr Recht zu demonstrieren nicht nehmen und formierten sich zu einer Spontandemonstration.

Die überforderte Polizei konnte den Zug erst zwei Kilometer weiter oberhalb des Marienplatzes

stoppen und bildete sofort mehrere Kessel. Sie erfand einen „schwarzen Block“ und separierte einen Teil der Demo in einem Extra-Kessel. Etwa eine Stunde tat sich nichts außer einzelner brutaler Festnahmen mit gezieltem Einsatz von Pfeffergas, offenbar war die Polizei hilflos.

Nach mehreren Versuchen der Demo, ohne Gewalt durch bloßes Drücken aus dem Kessel auszubrechen, gelang es: Mehrere Hundert Leute rannten einen Hügel runter Richtung Marienplatz. Erst kurz vor dem Platz konnte die Polizei die Menge aufhalten und bildete erneut zwei einzelne Kessel, die wiederum zwei Stunden hielten. Erst als die Polizei verkündete, den Kessel nach der Feststellung aller Personalien aufzulösen und sie den Kessel an einer Stelle löste, kam wieder Bewegung in die Demo.

Erneut brach sie durch die Polizeikette und zog Richtung Innenstadt. Ziel war die einzig legale kritische Veranstaltung in München, eine Podiumsdiskussion im DGB-Haus. Erst 500 Meter vor dem Haus gelang es der Polizei, erneut zu kesseln, diesmal waren ca. 300 PolizistInnen mit der Sicherung des Kessels beschäftigt. Während die Demo im Kessel stand, wurde die Diskussion im DGB-Haus nachträglich für illegal erklärt, die Straße vor dem Haus abgeriegelt und die etwa 250 Gäste der Podiumsdiskussion nicht mehr aus dem Haus gelassen. Die letzte Umstellung eines Gewerkschaftshauses in München war am 02.05.1933.

Nachdem sich die Eingeschlossenen weigerten, einzeln und unter Feststellung ihrer Personalien das Haus zu verlassen, dauerte es noch drei Stunden und die Intervention des DGB-Bundesvorstandes, bis die Polizei die Blockade aufgab und die Leute das Haus verlassen konnten. Währenddessen wurde mit der Ingewahrsamnahme des gesamten Kessels wenige hundert Meter weiter begonnen. Knapp 300 Menschen wurden so der Kriminalstatistik hinzugefügt. Die Letzten wurden erst um zwölf Uhr nachts im Polizeigriff abgeführt. Sie kamen erst am Sonntagnachmittag nach einer Nacht in provisorischen Käfigen ohne Recht auf einen Anruf oder ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln wieder frei.

Die Bilanz des Wochenendes

Beim Versuch das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zu beanspruchen wurden über 800 Menschen in Gewahrsam genommen, etwa 100 droht eine Anzeige wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte (bei der Festnahme einhaken und nicht freiwillig aufstehen), keine Fensterscheibe ging zu Bruch, kein Auto wurde demoliert. Die Linke wird sich überlegen müssen, wie man in Zukunft mit solchen Situationen umgeht. Denn was ist die Konsequenz aus der massiven Repression und der völligen Gewaltlosigkeit der Demonstranten? Nichts! Kein Medinecho wie nach Göteborg oder Genua. Neue Strategien sind nötig, um darauf zu reagieren!

Tobias Pforte



Teil 4

Uninvited

Das Wortspiel ist zunächst mal gelungen. Wer seine Auftritte mit dem Slogan „You are invited, we are uninvited“ beginnen kann, hat schon mal Punkte beim Publikum gemacht.

Und in gewissem Sinne tritt die junge Bochumer „Acoustic-Rock“-Formation tatsächlich unerwartet ungefragt auf das Feld jener modernen „New Economy“ von weiten Hosen und roten Mützen, die reimverfend springknallend professionelle musikalische Klamottenwerbung für den angesagten „way of life“ produziert, deren Halbwertszeit oftmals kürzer ist als der Schnee unterm Snowboard schmelzen kann. Dem halten „Uninvited“ ganz traditionellistisch die „Old Economy“ zeitloser Rockmusik entgegen, indem sie auf ihrer ersten Aufnahme „Live in Bochum“ einem netten Intro nacheinander Alanis Morissette („Ironic“), Bruce Dickinson („Tears Of The Dragon“) und ein klassisches Shanty („Two Black Eyes“) folgen lassen. Unplugged. Beson-

ders bemerkenswert ist dabei die Tatsache, dass Sängerin Nadine Schirru erst am selben Tag der Aufnahme zu der Band gestoßen ist und somit im doppelten Sinne als Glücksfall bezeichnet werden kann. Mutige Spontanität mündet hier in einer gelungenen Darbietung, die besonders in der Bruce Dickinson-Nummer überzeugen kann, die einfach tragfähiger ist als der Morissette-Gassenhauer, der nahezu von jeder mir bekannten Band intoniert wird, sobald sich eine Frau in den Reihen befindet. Und was das Shanty angeht... nun ja, meine Herren, ich glaube, derartige Kneipenscherze stehen ihnen nicht gut zu Gesicht. Unterm Strich wünscht man sich somit von der umtriebigen kleinen Band mehr Songs im Stile der Dickinson-Nummer... seien es nun eigene Kompositionen oder traditionelle Coverversionen aus der „Old Economy“ des Rocks, wo eine sehnsüchtig vom Berghang blickende Melodie wichtiger ist als der nächste coole Sprung am Steilhang.

Die Demo-CD ist zu beziehen über www.uninvited.de.vu

Oliver Uschmann

Verfassungsschutz betreibt Glatzenpflege

sen vor anstehenden Hausdurchsuchungen warnen. Ähnlich wie bei der NF, welche ohne die Finanzierung über Spitzel des VS große Teile ihrer Infrastruktur gar nicht hätte finanzieren können, erklärt sich auch im Falle der NPD, wie die Partei in den letzten Jahren ihre Strukturen derartig ausbauen konnte. AntifaschistInnen scherzen schon, der nordrhein-westfälische JN-Kader Michael Prümmer habe möglicherweise doch nicht aus Liebeskummer Selbstmord begangen, sondern, weil er als Einziger seiner Kameraden keine Kohle vom VS bekam.

VS-Arbeit mit Inverständnis der Partei

Die V-Mann-Tätigkeit ist oft ein abgekartetes Spiel, denn die extreme Rechte war sich immer schon bewusst, dass sie ein Ziel staatlicher Überwachung ist und stellte sich dementsprechend auch darauf ein. Konkret gab es in mehreren Organisationen Anweisungen, sich ruhig als Spitzel zu verdingen und das Honorar zum Teil in die Kasse der Gruppe zu überführen. Derartige Absprachen sind u.a. aus der mittlerweile verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF), der „Freiheitlichen Arbeiterpartei“ (FAP) oder auch aus der NPD bekannt. So sollen in der NF vor den Treffen zwischen Informanten und VerfassungsschützerInnen genaue Absprachen über die weiterzugebenden Informationen getroffen worden sein. Auch im Fall des jetzt als V-Mann enttarnten Wolfgang Frenz war die Partei – nach Aussage ihres ehemaligen Vorsitzenden Günther Deckert – über dessen Spitzeltätigkeit informiert.

Ist es nun offizieller Auftrag der Behörde, die Neonaziszene zu unterstützen? Schaut man sich die Arbeit des VS näher an, so könnte man leicht diesen Eindruck bekommen. Betrachtet man die diversen Veröffentlichungen der Verfassungsschutzämter, so erkennt man schnell, in wem der Geheimdienst eine Gefahr sieht und in wem nicht. Gefahr droht dem Rechtsstaat demnach stets

von links, eine Gefahr von rechts wird kontinuierlich negiert. Schon in den siebziger Jahren klagte ein in die militante Neonaziszene eingeschleuster V-Mann, die verantwortlichen VerfassungsschützerInnen nähmen seine Hinweise auf die Gefährlichkeit der Szene nicht ernst.

Glatzenpflege auf Staatskosten

Überhaupt gewinnt man leicht das Gefühl, dass von der „Zusammenarbeit“ nur eine Seite profitiert: die Neonazis. Denn was der Verfassungsschutz in seinen Publikationen zu berichten weiß, ringt KennerInnen der Szene meist nur ein müdes Lächeln ab. So ist z.B. der nordrhein-westfälische VS bekannt dafür, das er zumeist nur soviel über die neonazistische Szenen zu berichten weiß, wie in antifaschistischen Publikationen in Erfahrung zu bringen ist. Oft werden deren Erkenntnisse sogar wortwörtlich übernommen und als eigene Ergebnisse präsentiert.

Letztendlich liefert der Verfassungsschutz mit seiner Arbeit die Legitimation für einen alltäglichen „Extremismus“-Diskurs, der linke und rechte Politik gleichsetzt und die bürgerliche, angebliche Mitte von den beiden Extremen bedroht sieht. Dieser basiert auf der auf der sogenannten „Totalitarismustheorie“, welche historisch das Ende der Weimarer Republik mit den Kämpfen der radikalen Kräfte von links und rechts begründet und im Laufe des kalten Kriegs eine Renaissance erlebte, indem die sozialistischen Staaten mit dem nationalsozialistischen deutschen Reich gleichgesetzt werden. Nach dem Ende der DDR wurde diese Theorie zur Staatsdoktrin der „Berliner Republik“, so kann man zur Zeit beobachten, wie unabhängige AntifaschistInnen, die gegen Naziaufmärsche protestieren, mit den Neonazis als „ExtremistInnen“ gleichgesetzt werden. Wer den „antitotalitären Konsens“ in Frage stellt und z.B. den alltäglichen Rassismus der deutschen Asyl- und Migrationspolitik benennt, zwingt den diskursiven Mainstream, über die Ursprünge rassistischen Terrors und antisemitischer Hetze nachdenken und ist damit gleiches „Extremismus“ verdächtig und somit diskreditiert. Insofern verwundert es nicht, dass der VS die Gefahr immerzu in der Linken sieht.

Antitotalitäre Gleichmacheri

Eine kritische Auseinandersetzung mit zweifelhaften Geheimdienstpraktiken findet nicht statt, im Gegenteil: Im Rahmen der beiden sogenannten

Anti-Terror-Sicherheitspakete hat auch der Verfassungsschutz eine gravierende Kompetenzerweiterung erfahren.

Die Ereignisse der letzten Tage haben noch einmal gezeigt, dass der Verfassungsschutz als Instrument des bürgerlichen Rechtsstaats zur Bekämpfung des Neofaschismus nicht taugt, er im Gegenteil durch Spitzelgehälter die Strukturen der Neonazis stärkt – seine Auflösung erscheint mehr als überfällig. Wenngleich sich damit die Probleme nicht lösen würden, denn ein bürgerlicher Staat kann weder Rassismus noch Faschismus wirkungsvoll bekämpfen, da er beides selbst hervorbringt.



Mittwoch, 6. Februar

Arbeitskreis rote ruhr-uni: „Kommunismus oder Klassenkampf“

Der Arbeitskreis lädt alle Interessierten zu einer Diskussion des Textes „Kommunismus oder Klassenkampf“ von Franz Schandl ein. Voraussetzung ist, den Text gelesen zu haben. Er ist zu finden unter: www.krisis.org
16.00 Uhr, Ruhr-Uni (GC / Süd / 04 / 159), Bochum

Friedensplenum

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation), Bochum

Donnerstag, 7. Februar

Von der Rassenhygiene zur Human-genetik: Otmar von Verschner und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie in Berlin

es referiert zum Thema: Priv.-Doz. Dr. med. Hans-Peter Kröner, Münster
18.15 Uhr, Ruhr-Uni (Hörsaalzentrum Ost (HZO), Raum 100), Bochum

Bündnis Umweltfreundlicher Stadtverkehr

19.30 Uhr, Umweltzentrum (Alsenstr.27), Bochum

Initiative zur Rehabilitation der Bochumer Justizopfer des Kalten Krieges

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation), Bochum

Montag, 11 Februar

Verkehrsclub Deutschland, Kreisverband Bochum und Gelsenkirchen

19.30 Uhr, Umweltzentrum (Alsenstr.27), Bochum

Antifa-Plenum

19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation), Bochum

Dienstag, 12. Februar

Film- und Vortragsreihe „Arbeit im Dritten Reich“:

Dr. Gabriele Lotfi, Münster: Vom Leben und Sterben in Lagern. Die soziale Not der Zwangsarbeiter
18.00 Uhr, Stadtarchiv (Kronenstr. 47-49), Bochum

Mittwoch, 13. Februar

Friedensplenum

19.00 Uhr, Bhf. Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation), Bochum

Donnerstag, 14. Februar

Linkes Netzwerk Bochum

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation), Bochum

Arbeitsreffen von terre des hommes Bochum-Wattenscheid

19.30 Uhr, Gemeindezentrum Preinsfeld, Bochum

Unabhängiges Radio Bochum

Programm Februar 2002

Im offenen Kanal von Radio 98.5 UKW 98,5 / Kabel 99,4

Di. 05.02. – 20:04-20:56 Trance Visionen
Psychedelic Trance
Mi. 06.02. – 21:04-21:56 Underground Society
Musik aus dem Untergrund
So. 10.02. – 19:04-19:56 Projekt Rundfunk
Katastrophenschutz
Mo. 11.02. – 20:04-20:26 KJFH
Mo. 11.02. – 20:30-20:56 Radio Disaster
Mi. 13.02. – 21:04-21:26 URBO
Mi. 13.02. – 21:30-21:56 Café Klatsch
kulturelles, soziales und lokales
Fr. 15.02. – 21:04-21:26 Breakz
Drum n' Bass / Jungle
Fr. 15.02. – 21:30-21:56 On Tour by Ruhr
So. 17.02. – 19:04-19:26 Friedensplenum

Neue Studiengang: Virtuelle Gender Studies Take your Vings and fly

Ab dem Sommersemester 2002 besteht für Studierende der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften (ab dem vierten Semester) an der RUB die Möglichkeit, Gender Studies via Internet zu studieren. Im Rahmen des Modellprojekts „VINGS – Virtual International Gender Studies“ der Universitäten Bielefeld, Bochum, Hagen und Hannover können Kurse bei verschiedenen ExpertInnen der Geschlechterforschung belegt werden. Die bsz sprach mit Susanne Kröhner, Joensa Vieth und Franka Hesse, die dieses Projekt an der RUB koordinieren.

Woher kam die Idee, Gender Studies als Studienangebot übers Netz anzubieten?

Für eine wachsende Zahl von Studierenden ist der Umgang mit neuen Medien eine Selbstverständlichkeit. Und hier erschließen sich spannende neue Möglichkeiten: Mit VINGS werden bisherige Lehrangebote aus dem Bereich Frauen- und Geschlechterforschung für Studierende mittels Online-Lehre standortübergreifend zugänglich. Und wir werden auch internationale ExpertInnen einbeziehen, d.h. hier ergeben sich ganz neue Chancen, was die Vielfalt des Lehrangebotes betrifft. International kann Einblick gewonnen werden in die wissenschaftlichen Debatten nicht-europäischer Länder und Regionen – zum Teil auch in englischer Sprache. VINGS wird auf internationaler Ebene unter anderem auch mit Lehrenden aus Osteuropa und Asien kooperieren.

In VINGS wird in Deutschland erstmalig ein umfassendes Studienangebot im Bereich der Geschlechterforschung für das Lehren und Lernen im Netz mediendidaktisch aufbereitet.

Dabei ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass VINGS ein Modellprojekt ist, dessen Studienprogramm zur Zeit in einem Probelauf angeboten wird. Ein Abschluss ist folglich nicht möglich, wohl aber die Zertifizierung der einzelnen Kurse bei entsprechenden Leistungsnachweisen.

Gibt es eine bestimmte Zielgruppe unter den Studierenden?

Ja, das Angebot wendet sich an Studierende der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften ab dem 4. Semester.

Und über welchen Zeitraum wird es dieses Angebot geben?

Die Online-Kurse werden im Rahmen der Projektphase vom SoSe 2002 bis zum WS 2003/04 laufen. Dabei beruht das Lehrangebot auf einer Kombination von Präsenz-, Selbst- und Fernstudienanteilen, d.h. Online-Anteile werden je nach Kurs variieren. Das modularisierte Studienprogramm entspricht dem Umfang nach einem Master oder Magisternebenfach.

Besteht auch die Möglichkeit, nur einzelne Kurse zu besuchen, oder müssen die Studierenden das ganze Programm absolvieren?

Nein, natürlich können auch einzelne Kurse besucht werden. Wichtig ist es aber, sich auf jeden Fall für das gesamte Programm an der Fernuniversität in Hagen einzuschreiben, dann können die Kurse einzeln belegt werden. Voraussetzung ist die Teilnahme an der „Einführung in die internationale Geschlechterforschung“ von Prof. Dr. Ilse Lenz und Dr. Paula Villa zum Sommersemester 2002.

Und welche weiteren Kurse gibt es?

Das Studienprogramm ist unterteilt in die Eingangsphase, in der verschiedene Propädeutika zunächst allgemeine Grundlagen vermitteln, wie zum Beispiel der Kurs „Einführung in die internationale Geschlechterforschung“ und eine Einführung in das Online-Lernen. Zur Eingangsphase gehören auch Einführungskurse in die spezifischen Thematiken des Hauptbereichs. In der Hauptphase stehen den Studierenden dann mit einer Anzahl von zwölf Kursen verschiedene Schwerpunkte zur Auswahl, deren jeweilige Kurse miteinander kombiniert werden können. Die propädeutischen und vertiefenden Kursangebote zu den vier Themenfeldern werden noch einmal ergänzt durch zwei Querschnittseminare, in denen zum einen erkenntnistheoretische Grundlagen der Frauen-

und Geschlechterforschung und zum anderen die Debatte um Interkulturalität in der Globalisierung vermittelt werden.

Welche thematischen Schwerpunkte setzt das VINGS-Angebot?

Im Zentrum des Curriculums stehen vier Themenfelder: Zum einen „Globalisierung, Europäisierung, Regionalisierung“, dann „Gesellschaftliche Transformationen im Verhältnis von Arbeit und Geschlecht“. Den dritten inhaltlichen Schwerpunkt bildet „Körper, Sexualität, Gesundheit“. Das vierte übergreifende Thema heißt „Geschlechterverhältnisse und Umbrüche in Lebensformen“.

Und welche Kurse werden jetzt zum Sommersemester angeboten?

Zum Sommersemester beginnt VINGS mit drei Kursen: Wie schon gesagt, „Einführung in die internationale Geschlechterforschung“ von Prof. Ilse Lenz; Dr. Paula Villa, dann eine Einführung in das Studieren im Netz von Silja Polzin, die Anfang April mit einer Präsenzveranstaltung beginnen wird, bevor es online weitergeht. Und als drittes eine Veranstaltung von Prof. Dr. Regina Becker-Schmidt „Geschlechterverhältnisse – Arbeitsverhältnisse“. Letztere kann allerdings nur belegt werden, wenn bereits Grundlagenkenntnisse in der Geschlechterforschung vorhanden sind.

An wen können sich Studierende wenden, die sich einschreiben wollen oder weitere Fragen haben?

Anmelden kann mensch sich direkt über <http://www.vings.de>, dort gibt es auch weitere Informationen. Oder, hier in Bochum, bei uns:

VINGS-Projekt
NA 6/31
Tel:(0234) 32-23406
E-Mail: vingsbochum@vings.de



Neue Runde im Kampf gegen die Autobahn

Die Hintertür zur DÜBODO

Ende Januar 2002 entschied der Rat der Stadt Bochum, der Aufstufung des Bochumer Außenringes zur Bundesautobahn zuzustimmen; Anfang Februar beginnt die öffentliche Auslegung der Pläne zum Weiterbau der A 44/DÜBODO auf Bochumer Gebiet. Damit geht die Auseinandersetzung um die umstrittene DÜBODO in die entscheidende Runde.

Die Pläne zum Ausbau der Autobahn A 44 als große West-Ost-Achse – unter anderem mit der Schnellverbindung Düsseldorf-Bochum-Dortmund (DÜBODO) – werden seit Jahrzehnten betrieben. Sie reichen zurück bis 1937/38 (Aufmarschstrecke gegen Osten) und wurden dann in den fünfziger und sechziger Jahren wiederbelebt. Seit 1972 wehren sich auf Bochumer Gebiet DÜBODO-Initiativen gegen den Autobahnbau, ebenso wie in anderen betroffenen Städten. 1976 wurde der Plan öffentlich, die A 44 in einem 850 m langen Teilstück bis Bochum-Steinkuhl weiterzubauen und dort mit dem Außenring (heute: Nordhausenring) zu verbinden. Damals wie heute waren die Landesregierung NRW und die örtliche SPD und CDU für den Bau des DÜBODO-Teilstücks. In dem folgenden Planfeststellungsverfahren legten über 2.000 BürgerInnen Einspruch gegen den Bau der DÜBODO ein, im September 1978 fand der öffentliche Anhörungstermin statt. Doch nach der Kommunalwahl 1979 erfolgte plötzlich ein Kurswechsel der Landesregierung in Sachen DÜBODO-Weiterbau: der Plan wurde – vorerst – aufgegeben und das Planfeststellungsverfahren eingestellt.

DÜBODO und „Bochumer Lösung“

Die derzeitigen Pläne zum Weiterbau der DÜBODO sind offiziell Teil der von Ministerpräsident Clement sogenannten Bochumer Lösung. Mit ihr sollen die Fernstraßenverbindungen in Bochum, insb. die A 40 in Bochum-Stahlhausen, verkehrlich entlastet und Kapazitäten für mehr Kfz-Verkehr geschaffen werden. Die „Bochumer Lösung“ umfasst ein Maßnahmenpaket von drei gleichzeitig zu realisierenden Autobahnplanungen auf Bochumer Gebiet:

1. Weiterbau der A 44 um knapp 3 km und Verknüpfung mit dem städtischen Außenring (im Bereich Steinkuhlstraße), um über den Außenring eine

direkte Verbindung der A 44 mit der A 40 zu schaffen. Dieses Teilstück wird als sog. Querspange bezeichnet und soll gleichzeitig für das Werk I von Opel Bochum (derzeit noch 12.500 Beschäftigte) eine noch bessere Autobahnanbindung schaffen.

2. Sechsspüriger Ausbau der A 40 (Ruhr-schnellweg) von der Stadtgrenze Gelsenkirchen bis Anschlussstelle Bochum-Stahlhausen.

3. Kreuzungsfreie Verknüpfung der A 40 in Bo-Stahlhausen mit dem Außenring („Westkreuz“), um einen Teil des durch den sechsspürigen Ausbau noch weiter erhöhten Verkehrs nach Süden auf die weitergebaute A 44 umzulenken.

4. Nach neuesten Planungen soll der Außenring ab Verknüpfungsstelle mit der A 44 bis zum Westkreuz in Bochum-Stahlhausen zur Bundesautobahn (A 44) aufgestuft werden: Das Westkreuz wäre dann die Verknüpfung der A 44/A 40. Als Bonbon für diese Autobahnaufstufung wird versprochen, in Zukunft auf den bisher vorgesehenen Weiterbau der A 44 durch den Bochumer Süden bis Velbert ganz zu verzichten. Zu dieser Planung hat gerade der Bochumer Stadtrat sein Plazet gegeben. Die neue Diagonale DÜBODO – Außenring – Westkreuz durch den Bochumer Süden soll als „Bypass“ die Staus auf der A 40 auflösen helfen, indem sie Verkehr von dort nach Süden abfließen lässt.

Mogelpackung „Bochumer Lösung“

Die offiziellen Verkehrsgutachten der Landesregierung zur Planfeststellung der Autobahnpläne belegen, dass der Verkehr auf der A 40 als auch auf dem heutigen Außenring enorm zunehmen wird und mit ihm natürlich auch die Emission von Lärm und Schadstoffen aller Art. Auf dem Außenring werden auf manchen Streckenabschnitten ca. 90.000 Kfz/ Werktag verkehren. Die Gutachter kommen selbst zu dem Schluss, dass damit der Außenring auf 51% seiner Strecke überlastet sein wird, d.h. dass es dort zu Staus kommen wird. Mit anderen Worten: Der geplante Bypass für die staugeplagte A 40 ist schon absehbar eine Staustrecke und von Verkalkung bedroht.

Durch den Weiterbau der A 44 auf Bochumer Stadtgebiet um ca. drei Kilometer und den gleichzeitig vorangetriebenen Weiterbau der A 44 von Ratingen bis Velbert um ca. zehn Kilometer wird ein verkehrlicher Sachzwang geschaffen, in Zukunft den gänzlichen Durchbau der A 44 von Bochum bis Velbert zu realisieren.

Die prognostizierte Verkehrszunahme auf dem Außenring (später A 44) wird weiträumig zu einer Verlärmung der angrenzenden Wohn- und Naherholungsgebiete führen. Dies wird auch in den Planunterlagen offen zugestanden. Die vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen (Wälle plus Wände) werden insb. für die höher gelegene Hustedt keinen wirksamen Lärmschutz bieten: Die Wohn- und Lebensqualität wird auch in diesem Bereich für

mehrere tausend AnwohnerInnen erheblich gemindert.

Gezielte Irreführung

Den BürgerInnen soll die „Bochumer Lösung“ schmackhaft gemacht werden durch die Aussicht, dass dann auf den völligen Weiterbau der A 44/DÜBODO von Bochum bis Velbert verzichtet werde. Nach aller Erfahrung ist dies eine gezielte Irreführung in der herkömmlichen, langfristig angelegten Salamiaktik:

Der Außenring („Westtangente“) war in den 1980er Jahren gegen erhebliche Widerstände von der regierenden SPD durchgesetzt worden als unverzichtbare „innerstädtische Entlastungsstraße“; so stand es auch noch 1994 im Kommunalwahlprogramm der Bochumer SPD. Zehn Jahre nach ihrer Inbetriebnahme stimmt dieselbe SPD nun der Aufstufung dieser „Entlastungsstraße“ zu einer überregional bedeutsamen Bundesautobahn zu.

Es ist programmiert, dass der als „Bypass“ propagierte Weiterbau der A 44/DÜBODO in Verkehrsaus- und -lärm enden wird und nach ca. zehn weiteren Jahren einen Sachzwang zum Durchbau der A 44 durch den Bochumer Süden erzeugen wird.

Dies sehen heute schon die Bochumer CDU und FDP so: beide fordern den Weiterbau der DÜBODO über Bochum hinaus.

Was tun?

Alle interessierten BürgerInnen und Studierenden (auch wenn sie nicht in Bochum wohnen) können die Pläne zum Weiterbau der A 44 einsehen und Einwendungen formulieren. Die Pläne liegen vom 5.2. bis zum 4.3. im Bochumer Rathaus, Zi. 471, aus. Schriftliche Einwendungen können bis zum 2. April u.a. bei der Stadt Bochum eingereicht werden. Wenn möglichst viele Einwände ihrer Bedenken vortragen, dazu noch auf dem öffentlichen Erörterungstermin im Sommer, wird den Planern das Geschäft erschwert. Die Bürgerinitiative Bochum gegen die DÜBODO hat sich zum Ziel gesetzt, die Planungen gänzlich zu Fall zu bringen. Es laufen auch die Vorbereitungen zu späteren Klagen gegen einen möglichen Planfeststellungsbeschluss.

Zur Mitarbeit bei der BI sind alle herzlich eingeladen: Treffpunkt jeden Montag, 20 Uhr, im Haus Laer, Höfestr. 45. Kontakte und nähere Informationen auf der Webseite der BI: <http://www.stopp-duebodo.de>.

Eckhard Stratmann-Mertens, Sprecher der BI Bochum gegen die DÜBODO

:bszkonsumterror

Pizza Pasta

Ich schreibe dies in Erwartung, dass mich einige ZeitgenossInnen einen Spießer schimpfen werden. Schlimmer noch, sie werden mich konservativ nennen. Und vermutlich zurecht. Worum es geht? Wo soll ich anfangen? Also da lag ich eines Abends nicht schlafend vor einem befreundeten Fernseher auf dem Bett, um mich mit irgendeinem dubiosen Spielfilm zu beglücken, als eine der mittlerweile üblichen – immer wieder Erinnerungen an die guten alten Zeiten in denen sowieso alles besser und vor allem das Fernsehen fast werbefrei war, aufkommenlassende – Werbepause mich erstarren ließ. Werbung für Lebensmittel, speziell Tiefkühlartikel ist nun eigentlich nichts Besonderes, aber was in diesem Moment meinen Augen und Ohren zugemutet wurde, ging eindeutig zu weit. Neiiiiiiiiiiiiiii!

Dass es in einer griechischen Pommesbude in meiner Heimatstadt „Pizza Pommes“ gab, hatte ich immer für einen schlimmen Einzelfall in der Geschichte der zivilisierten Menschheit gehalten und nun das! PIZZA MIT SPAGHETTI als Belag, und dann auch noch als Massenware in jedem größeren Supermarkt – ich war schlichtweg schockiert. „... belegt mit leckeren Spaghettistücken, fruchtigen Tomaten und zartschmelzendem Käse.“ Zartschmelzender Käse? Ja! Fruchttige Tomaten? Ja! Aber leckere Spaghettistückchen auf einer Pizza? Also nicht dass hier irgendwelche Missverständnisse aufkommen: Ich liebe Pasta. Und ich liebe Pizza. Wirklich. Aber beides zusammen ist ein Verbrechen. Um dies festzustellen brauche ich das Zeug gar nicht zu essen, das ist eine Frage des Prinzips, dachte ich mir. Pizza Pasta, das ist ja wie Pesto mit Cumin, Tortelloni im Wok oder eine Moussaka mit Staudensellerie! Wo kommen wir den da hin, dachte ich mir und wählte mich auf der sicheren Seite des Liebhabers klassischer Küche. Bis ich von einem Kollegen freundlich darauf aufmerksam gemacht wurde, dass er selbige Gericht des öfteren in Italien gesichtet habe – frisch zubereitet und alles andere als außergewöhnlich.

Ich frage mich jetzt nur, wieso ich im letzten Sommer solch ein Glück gehabt habe, als ich mit dem Rucksack in Italien unterwegs war. Nicht auszudenken, welch einen Schock ich und meine beschränkte Esskultur bekommen hätten, beim Anblick einer Pizza Pasta. Alles wäre eingestürzt, alles woran ich je geglaubt (schnief!) – wie viel besser konnte ich da mit dem dämlichen Fernsehspot leben.

Was ich daraus gelernt habe? Also, wenn Pizza Pasta etwas ganz Normales ist, dann kann ich ja auch nicht konservativ sein, allenfalls ein wenig exzentrisch. Außerdem sind die Geschmäcker ja verschieden. Und so lange ich so ein Ding nicht essen muss ...



:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Verena Witte, René Voss, Dominique Bender, Johannes Bock

Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Thilo Machotta (mac), Jan Schedler (jas), Charlotte Ullrich (cu), Claus Witte (wc)

V.i.S.d.P.: Gerd Krauss (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen

Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum

Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz>

Anzeige

- Mensa-Plan für die Woche vom 6. bis 12. Februar -				
Unser Standard	Die Alternative	Die „Grüne“ Küche	Die „West-side“	Die „East-side“
MITTWOCH, 6.2.				
(S) Schweineschnitzel paniert mit einer Pustsauc- sauc, dazu Pommes frites und ein Salat	Medaillon-Spieß mit einer Chilisauce, dazu grüne Nudeln und ein Salat	Gemüseschnitzel mit einer Schaschliksauc, dazu Vollkornspaghetti und ein Salat	Putengulasch in einer Paprikasauce, dazu Petersilienkartoffeln und Blumenkohl-gemüse	(S) Geschnetzeltes Schwe- nefleisch Gyros Art, dazu Tzatziki, Pommes frites und Weißkohlsalat
DONNERSTAG, 7.2.				
(S) Linseneintopf mit Kartoffeln und frischem Wurzelgemüse, dazu eine Bochuwurst	Putenbrust, gebraten mit einer Geflügelsauc, dazu Spätzle und ein Brocco- ligemüse	Tofupfanne „Griechische Art“ mit Vollkorn-Tomaten-Reis und ein Salat	Hähnchenkeule mit einer Geflügelsauc, dazu Kartoffelrösti und ein Mischgemüse	Wildragout mit Kartoffelklößen und Apfelrotkohl
FREITAG, 8.2.				
Bolognese aus Rindfleisch mit einer Tomatensauc, Spaghettini und ein Salat	Paniertes Fischfilet mit einer Senfsauc, dazu Dillkartoffeln und ein Salat	Chinaschnitte Nangjing mit einer Honigsauc, dazu Vollkornmandelreis und Fingermöhrengemüse	Gebackenes Fischfilet mit einer Remouladensauc, dazu Kartoffelsalat und ein Blattsalat	Rührer mit Tomaten und Dampfkar- toffeln, dazu ein Spinatgemüse
MONTAG, 11.2.				
(S) Schlemmerhocksteak mit einer braunen Champi- gnonrahmsauc, Bratkartof- feln und ein Salat	Hühnerfrikassee mit einer Rieslingrahmsauc, dazu Reis und ein Erbsengemüse	Broccoli-Nußbecke mit einer Honigsauc, dazu Vollkornnudeln und ein Asiagemüse	Bitte nutzen Sie das Ange- bot unserer Nudel- und Salattheke	Gebackene Frühlingsrolle mit scharfer Sambal-Oleik- Sauc, dazu Pommes frites und eine Salat-Beilage
DIENSTAG, 12.2.				
(S) Nürnberger Rostbrat- wurst mit Zwiebelsauc, Püree (4,6) und Sauerkraut	Hähnchenbrust im Kartoffelmantel mit einer Geflügelsauc, dazu Spo- ghettini und ein Salat	Nudelaufguss mit verschiedenen Gemü- sen, dazu eine Tomaten- sauce und ein Salat	Gebroteses Geflügelsteak mit einer Curry-Mango- sauce, dazu Reis-Risotto und ein Salat	Rinderbraten mit einer Gemüsesauc, dazu Kartoffelrösti und ein Blumenkohl-gemüse